


Kap. 23: Weltwirtschaftsordnung

Rogall 2011

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

23.1 Institutioneller Rahmen - Organisationen

23.2 GATT - WTO


23.3 Wirtschaftliche Kooperationen

23.4 Europäische Union

Ziel: Vermittlung der Grundlagen der Struktur der Weltwirtschaft

Stand: 21.02.2011

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 1/60




Institutioneller Rahmen - Organisationen

Rogall 2011

Gründung verschiedener internationaler Organisationen nach dem 2. Weltkrieg, die einen Beitrag zur Entwicklung der globalen Wirtschaft und zum Handelsaustausch leisten sollen (heute: ca. 250, zzgl. etwa 6.000 nicht-staatliche internationale Vereinigungen).

Es folgt eine kleine Auswahl

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 2/60



Erstens: Vereinten Nationen (UN)

Rogall 2011

1945 als Weltfriedensorganisation gegründet, heute 192 Mitgliedsstaaten. Tätigkeitsfelder:

- (1) Friedenssicherung,
- (2) Entwicklungsaufgaben im sozialen und wirtschaftlichen Bereich,
- (3) spezielle Aufgabengebiete z.B. Umweltschutz, Kultur.

Beschäftigte: ca. 50.000 Menschen in ca. 600 Dienststellen.

Quelle: BMZ 2008/10: 111; Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - 3/60



Unterorganisationen der Vereinte Nationen*

Rogall 2011

- **Generalversammlung:** oberstes Organ des UN-Systems, alle Mitgliedsländer
- **Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation – FAO:** größte Sonderorganisation, eigene Programme (Ausgaben: 0,5 Mrd. U\$).
- **Entwicklungsprogramm – UNDP:** Koordination der Arbeiten an den Milleniumszielen und der Reformagenda des UN-Generalsekretärs
- **Welthandels- und Entwicklungskonferenz – UNCTAD:**
*1964, Beschlüsse lediglich Appellcharakter ohne bindende Wirkung.

* Ausgewählte wirtschafts- und entwicklungspolitische Organisationen

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 4/60


 **Zweitens: IWF (Internationaler Währungsfonds)***

Rogall 2011

- **Ziele:** Stabilisierung der internationalen Währungsbeziehungen und die Verstärkung des Welthandels.
- Jeder Mitgliedsstaat muss Zahlungen an den Fonds gemäß einer festgesetzten Quote leisten, hiernach richten sich die Stimmrechte sowie die **Kreditfazilitäten**.
Bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten: 3-5 jährige Kredite.
Bei tiefgreifenden Strukturproblemen: 7-10 j. Kredite, aber einschneidende Auflagen (z.B. Kürzung der Staatsausgaben, Zinserhöhungen u.v.a.m.).
Viele Autoren halten diese Auflagen für falsch.

* Gründung 1945 auf Grundlage Bretton-Woods-Systems (Sitz in Washington, heute: 182 Mitgliedsstaaten)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 5/60

 **Weltbankgruppe ***

Rogall 2011

- Erste öffentliche und internationale Bank, die sich gezielt mit Entwicklungsaufgaben beschäftigte.
- 1950er und 60er J. Gründung weiterer internationaler Entwicklungsbanken, die heute unter dem Namen *Weltbankgruppe* zusammengefasst werden
- Seit den 1980er Jahren treten zunehmend Überlappungen bei der Arbeit des IWF und der Weltbankgruppe auf

* Gründung nach 2. Weltkrieg

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 6/60


 **Drittens: OECD***

Rogall 2011


- **Ziel:** Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Mitgliedsländer, heute 31 Mitgliedsstaaten
- **Höchstes Organ:** der Rat (Vertreter der Mitgliedsstaaten)
- **Ständige Arbeit:** Sekretariat (2.000 Mitarbeiter) und zahlreiche Ausschüsse.
- Die OECD verfügt über keine eigenen Machtinstrumente, aber die vergleichenden Länderstudien können einen öffentlichen Druck ausüben und somit die nationalen Regierungen beeinflussen.

* Organization for Economic Cooperation and Development: 30 Industriestaaten, Gründung: 1960 zur Förderung von Handel und Wirtschaftswachstum.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 7/60

 **Gliederung**

Rogall 2011

 Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 23.1 Institutioneller Rahmen - Organisationen
- ➔ **23.2 GATT - WTO**
- 23.3 Wirtschaftliche Kooperationen
- 23.4 Europäische Union

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 8/60



GATT*


Rogall
2011

GATT-Abkommen 1947

- **Ziel:** Abbau aller Handelshemmnisse
- Acht sog. Liberalisierungsrunden: Senkung der existierenden Zölle
- Z.B. betragen die Zölle der Industriestaaten nach der Uruguay-Runde (1986-94) nur noch 4,3% des Importwertes.
- Bis 1994 – der Gründung der WTO – blieb das GATT aber ein Handelsvertrag ohne institutionellen Hintergrund

* General Agreement on Tariffs and Trade

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 9/60




WTO*

Rogall
2011

- **Höchstes Organ:** Ministerkonferenz der Mitgliedsstaaten (min. alle zwei Jahre) Geschäftsführung: Allgemeiner Rat.
- **Hauptaufgabe:** kontinuierlicher Abbau von Handelshemmnissen. Die Kernprinzipien und Regelungen des GATT blieben erhalten, ergänzt um
 - (1) Regelungen für den Handel mit Dienstleistungen (GATS**) und
 - (2) zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS***).
- **Streitschlichtungsgremium mit Sanktionsmechanismen** (Strafzölle, Einfuhrbeschränkungen),

- * World Trade Organization, z.Z. 142 Mitgliedsstaaten, 1994 aus dem GATT hervorgegangen
 - ** General Agreement on Trade in Services
 - *** Trade-related aspects of Intellectual Property rights

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 10/60




Kernprinzipien des GATT-/WTO-Systems

Rogall
2011

- (1) Liberalisierung:** *Verbot* neue Zölle einzuführen, bestehende Zölle zu erhöhen, *Gebot* Kontingente u. nichttarifäre Handelshemmnisse abzuschaffen
- (2) Meistbegünstigung:** Importierte Produkte aus GATT-Mitgliedsstaaten müssen gleich behandelt werden. Zollvorteile gelten für alle Mitglieder gleichermaßen
- (3) Inländerbehandlung und Nicht-Diskriminierung:** Importe müssen ebenso behandelt werden wie gleichartige einheimische Produkte (z.B. Abgaben und Rechtsvorschriften). Subventionen dürfen nicht diskriminierend wirken.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 11/60




Kernprinzipien des GATT-/WTO-Systems

Rogall
2011

- (4) Reziprozität:**
Handelserleichterungen eines Handelspartners sollen mit gleichwertigen Vorteilen erwidert werden
- (5) Verbot nichttarifärer Handelshemmnisse:**
Ein- und Ausfuhrbeschränkungen mengenmäßiger Art sind grundsätzlich untersagt (wenige Ausnahmen).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 12/60



Konflikte um die GATT-/WTO-System


Rogall
2011

Erstens: Zwischen der Theorie des Freihandels versus Außenhandelspolitik:

Industriestaaten sind verbal für grenzenlosen Freihandel und fordern den Abbau aller Handelshemmnisse.

Sie sind aber erst 2013 bereit auf ihre Agrarzölle und -subventionen zu verzichten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 13/60



Konflikte um die GATT-/WTO-System


Rogall
2011

Zweitens: Zwischen den Prinzipien einer Nachhaltigen Entwicklung versus Freihandel:

Die WTO ist allein marktwirtschaftl. orientiert, ohne auf die in Rio 1992 vereinbarten Nachhaltigkeitsprinzipien Rücksicht zu nehmen (zwar in Präambel, aber den Zielen eines größtmöglichen wirtschaftl. Wachstums und eines globalen Freihandels untergeordnet).

Anspruch über allen anderen Normen (auch nationalstaatlichen) zu stehen. Eine nationale Umwelt- und Entwicklungspolitik der WTO-Mitgliedsstaaten ist demnach nur zulässig, soweit sie den Bestimmungen des WTO-Vertrages nicht widerspricht.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 14/60




Konflikte um die GATT-/WTO-System: Fazit

Rogall
2011

- Seit den großen Protesten wird die WTO von vielen Kritikern als größter Gegner der NGOs und Entwicklungsländer angesehen.
- Viele Autoren beurteilen die Zukunft der WTO skeptisch, von einigen NGOs wird sogar eine Auflösung ins Spiel gebracht (Alternative?)
- Nachhaltige Ökonomie: Neubestimmung der Rolle der WTO unverzichtbar
 - Reformen
 - Grenzen

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 15/60



Konflikte: Umweltschutz - WTO-Recht


Rogall
2011

(1) Produktionsbezogenen Umweltschutz:

Beschränkungen dürfen nur sich nur auf die im Produkt nachweisbaren Eigenschaften und Substanzen, nicht jedoch auf unterschiedliche Produktionsprozesse beziehen (z.B. nachhaltige Plantagenwirtschaft darf keine Rolle spielen). Weitere Konfliktpunkte: Beschaffenheitsmerkmalen (z.B. Sekundärstoffanteil) oder Kennzeichnungspflichten (z.B. bei genetisch erzeugten Lebensmitteln).

(2) Ausnahmen von den GATT-Prinzipien: Die Mitgliedsstaaten dürfen immer dann Maßnahmen gegen Produkte ergreifen, wenn sie dem Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen dienen (ständige Konflikte)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 16/60


 **Konflikte: Umweltschutz - WTO-Recht**

Rogall
2011

(3) Vorsorgeprinzip wird von der WTO nicht anerkannt:
z.B. Importverbot der EU für hormonbehandeltes Rindfleisch.
Erfolgreiche Klage durch USA und Kanada, EU behielt
Importverbot bei → Strafzölle auf europäische Waren (seit 1999)

(4) Umweltregime versus Handelsregime: 20 multilaterale
Umweltschutz-abkommen (MEA) enthalten
handelsbeschränkende Maßnahmen (WTO-Regelungsbereich?)


Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 17/60

 **Konflikte: Umweltschutz - WTO-Recht**


Rogall
2011

(5) Ausschreibungspflicht für alle Dienstleistungen
(GATS - General Agreement on Trade in Service,
Verhandlung seit 2000).
Ziel: Liberalisierung der Dienstleistungen.
Konfliktbereiche: kommunale Dienstleistungsbereich
(Bildung, Wasserversorgung, Kultur),
Ausschreibungsverfahren Pflicht. Können die
kommunalen Anbieter nicht preiswerter anbieten als die
privaten Anbieter, müssen die privaten Anbieter den
Auftrag erhalten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.2 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 18/60

 **Gliederung**

Rogall
2011

 Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law


23.1 Institutioneller Rahmen - Organisationen

23.2 GATT - WTO

→ **23.3 Wirtschaftliche Kooperationen**

23.4 Europäische Union

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 19/60

 **Formen wirtschaftlicher Kooperationen**


Rogall
2011

(1) Präferenzzone: Zollabbau für bestimmte Produktgruppen

(2) Freihandelszone: Mehrere Staaten schließen sich zusammen, die
wechselseitig ihre Handelshemmnisse abschaffen (NAFTA in Nord-
Amerika).

(3) Zollunion: Mehrere Staaten schaffen ein einheitliches Zollgebiet,
indem sie interne Zölle abschaffen. Anders als bei der
Freihandelszone erheben die Mitgliedsstaaten einheitliche Ein- und
Ausfuhrzölle (z.B. alte EWG).
→ Preise aus den Mitgliedsstaaten sollen sinken und die Nachfrage
steigen. Hierdurch können Wachstums-, Einkommens- und
Beschäftigungsimpulse entstehen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 20/60

 **Formen wirtschaftlicher Kooperationen**

Rogall
2011


(4) **Binnenmarkt:** geht über Zollunion hinaus, da auch die Produktionsfaktoren (insbes. Arbeitskräfte, Kapital) keinen Beschränkungen unterliegen (Vertrag über Europäischen Wirtschaftsraum von 1992).

(5) **Wirtschaftsunion:** verfolgt eine umfassende Verschmelzung (Vernetzung) der nationalen Volkswirtschaften und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

→ Rechts- und Verwaltungsvorschriften (inkl. der Steuer- und Ausgabenpolitik) müssen allmählich harmonisiert werden (z.B. die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – EWWU).

(6) **Währungsunion:** führt die Wirtschaftsunion mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung konsequent weiter.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 21/60

 **Regionale bzw. kontinentale Kooperationen**

Rogall
2011

(1) **Europäischer Wirtschafts- und Währungsraum:**

Europäischen Währungsunion (EWU, 1999).

Vorläufiger Höhepunkt:
aus ursprünglich 6 nun 27 Mitgliedsländer.
zzgl. assoziierte Staaten (vertraglich vereinbarte, besonders enge Handelsbeziehung)

* Alternativa Bolivariana para las Americas.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 22/60

 **Regionale bzw. kontinentale Kooperationen**

Rogall
2011

(2) **Amerikanischer Wirtschaftsraum:**

(1) **NAFTA** (1992): Kanada, USA, Mexiko, Freihandelszone;

(2) **MERCOSUR-Zollunion:** Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay

(3) **Andengemeinschaft:** Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela,

(4) **ALBA*** (2006): Kuba, Venezuela und Bolivien

Bewertung: Eine kontinentale Freihandelszone scheiterten 2005. Ob es jemals zu einer ähnlichen Entwicklung wie in Europa kommt, ist ungewiss, da viele süd- und mittelamerikanische Staaten eine Dominanz der USA fürchten.

* Alternativa Bolivariana para las Americas.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 23/60

 **Regionale bzw. kontinentale Kooperationen**

Rogall
2011

(3) **Asiatischer Wirtschaftsraum:**

1967 wurde die Südostasiatische Staatengemeinschaft (**ASEAN**) gegründet, die seit dem mehrfach erweitert wurde (Birma, Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, Myanmar, Kambodscha, China).

1992: Beschluss Ausbau ASEAN zu einer Freihandelszone.

Bewertung: Z.Z. gehören zu dieser Staatengemeinschaft weder Japan noch Süd-Korea. Sollten eines Tages diese Staaten sich zu einer Wirtschafts- und Staatengemeinschaft zusammenfinden, vielleicht sogar um Indien ergänzt, würde der mit Abstand größte Wirtschaftsraum entstehen, in der die Hälfte der Erdbevölkerung wohnt

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 24/60

 **Regionale bzw. kontinentale Kooperationen**

Rogall 2011

(4) Kooperation wichtiger Wirtschaftsnationen:


Als Gesprächskreis (gleichwohl hoher Einfluss) entwickelte sich die G-7-Gruppe (die sieben wichtigsten OECD-Länder: USA, Japan, Deutschl. Frankreich, UK, Kanada; seit 1998 um Russland erweitert).

Bewertung: An deren Stelle werden künftig wichtige Entscheidungen beim Treffen der **G-20-Staaten** gefällt werden. → Wachsende Bedeutung der bevölkerungsreichen Schwellenländer.

Relativ wenig im Globalisierungsprozess integriert und regional vernetzt sind:

- die „Arabische Region“ und
- Afrika.


Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.3 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 25/60

 **Vor- und Nachteile wirtschaftl. Integration**


Rogall 2011

Vorteile	Nachteile
Kostenvorteile durch Arbeitsteilung	Anpassungskosten (Arbeitslosigkeit in Hochlohnländern)
Größenersparnisse (economics of scale)	
Zunahme des Wettbewerbs	Mögliche Abschottungstendenzen zum Ausland
Druck auf die Politik zur Vereinheitlichung des Rechtssystems mit einheitlichen Standards	Verzicht auf nationale Steuerungspotenziale: Zins-, Währungspolitik, Zölle, sozial-ökologische Standards
Druck auf die Politik zur Schaffung eines politischen Konfliktlösungssystems ohne Gewalt	

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Krugmann 2009 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - 26/60

 **Gliederung**

Rogall 2011

 Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law


23.1 Institutioneller Rahmen - Organisationen

23.2 GATT - WTO

23.3 Formen wirtschaftlicher Kooperationen

→ **23.4 Europäische Union**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 27/60

 **Historischer Überblick**

Rogall 2011

- Die Weltkriege brachten ein unvorstellbares Elend mit sich (2. Weltkrieg ca. 60 Mio. Tote), und den historischen Abstieg der europäischen Staaten
- Zunächst Vereinigungsprozess beispiellose Erfolgsgeschichte: von einer kleinen Wirtschaftskooperation zu einem Staatenbund, mit z.Z. 27 Mitgliedsländern und insgesamt ca. 500 Mio. Einwohnern (1/4 des globalen BIP).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 28/60



Historischer Überblick

Rogall
2011

- **Vorteile des Zusammenschlusses:**
 - + Kriegerische Konflikte in der EU sind nicht mehr möglich.
 - + Die Grenzen zwischen den Staaten fallen
 - + Immer mehr Staaten schließen sich dem einheitlichen Euro-Währungssystem an
 - + Europa kann eine selbstständige Position im Nachhaltigkeitsprozess formulieren und vertreten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 29/60



Meilensteine der europäischen Integration

Rogall
2011

- 1952 Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl** durch sechs Staaten (Montanunion: Bel., Dt., Fr., It., Lu., Ni.)
- 1958 Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**, Zollunion und europäische Atomgemeinschaft: Römische Verträge von 1957
- 1967 Europäischen Gemeinschaft (EG)**: Zusammenfassung der Montanunion, EWG und EURATOM, Schaffung der Institutionen Ministerrat und Kommission
- 1979 Erste direkte Wahlen** zum Europäischen Parlament und Beginn des **Europäischen Währungssystems (EWS)** mit festen Wechselkursen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 30/60



Meilensteine der europäischen Integration

Rogall
2011

- 1987 Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)** mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes
- 1993 Europäischer Binnenmarkt und Europäische Union** (Maastricht-Vertrag)
- 2002 Einführung des Euro** als gemeinsame Währung
- 2004/07 „Ost-Erweiterung“** auf insgesamt 27 Staaten
- 2009 „Lissabon-Vertrag“** in Kraft.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 31/60




Institutioneller Rahmen der Europäischen Union

Rogall
2011

- **Rechtliche Grundlage:**
 - Solange keine EU-Verfassung,
 - Europäischen Verträge: *Maastricht* (1992), *Amsterdam* (1997), *Nizza* (2003), *Lissabon* (2009) sog. *Primärrecht* der Union bzw. der Gemeinschaft (Gemeinschaftsrecht)
- **Regelung der inneren Rechtsverhältnisse**
 - (Rechte der EU-Organe und der Mitgliedsstaaten, sowie der Politiken usw.) durch: den Vertrag über die Europäische Union (EUV), und den Vertrag über die Gründung der europäischen Gemeinschaften (EGV)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 32/60




Institutioneller Rahmen der Europäischen Union

Rogall 2011

Drei große Politikbereiche:

- (1) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP),
- (2) Gemeinsame Innen- u. Justizpolitik,
- (3) Gemeinsame Wirtschaftspolitik
(Wirtschafts- und Währungsunion,
Struktur-, Umwelt-, Forschungs-, Sozialpolitik).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 33/60



Ziele der Union


Rogall 2011

Die Gründungsverträge umfassen eine Vielzahl von Zielen. Im Art. 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV von 2009) heißt es u.a.:

„(1) Ziel der Union ist es, den **Frieden**, ihre **Werte** und das **Wohlergehen** ihrer Völker zu fördern. (...) (3) Die Union errichtet einen **Binnenmarkt**. Sie wirkt auf die **nachhaltige Entwicklung Europas** auf der Grundlage eines ausgewogenen **Wirtschaftswachstums** und von **Preisstabilität**, eine in hohem Maße **wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft** die auf **Vollbeschäftigung** und **sozialen Fortschritt** abzielt, sowie ein hohes Maß an **Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität**.“

→ **Ziele wie sie teilweise auch die Nachhaltige Ökonomie vertritt.**
Zu präzisieren wäre das Ziel „ausgewogenes Wirtschaftswachstum“

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 34/60



Rechtsnormen der EU

Rogall 2011

- Der Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf das Recht der Nationalstaaten ist immer gewichtiger geworden.
- Die Mitgliedsstaaten haben Teile ihrer Hoheitsrechte auf die EU-Ebene übertragen → Entgegenstehendes nationales Recht muss geändert werden
- Das Deutsche BVerfG hat dies in der sog. *Maastricht-Entscheidung* ausdrücklich gebilligt → Die Verträge stellen die wichtigsten Rechtsnormen dar.
Die Ebene unterhalb der europäischen Verträge (= Primärrecht) wird als Sekundärrecht bezeichnet.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 35/60

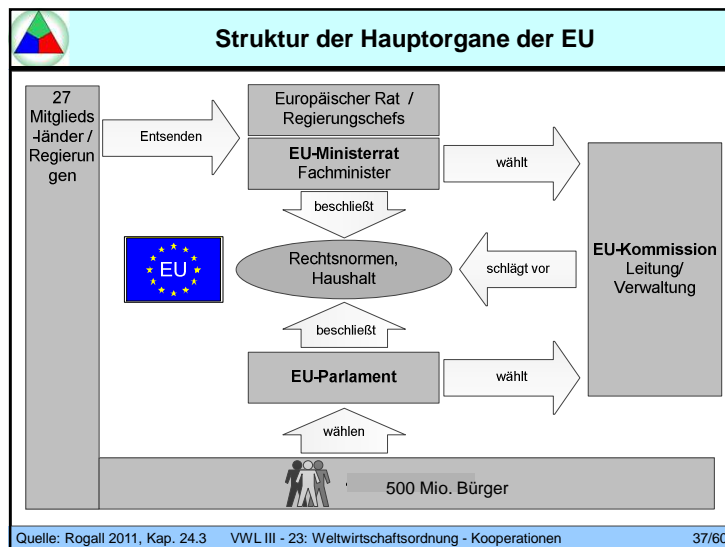


Rechtsnormen der EU

Rogall 2011

- (1) **EU-Verordnungen** (Regulations): unmittelbar geltendes Recht für alle Bürger und Institutionen. Eigenständiges Rechtswerk.
- (2) **Richtlinien** (Directives):
Die Mitgliedstaaten müssen, diese durch eigene Gesetze in nationales Recht umsetzen. Spielräume kann der nationale Gesetzgeber (begrenzt) für eigene Ziele nutzen.
Richtlinien existieren heute in fast allen Rechtsgebieten
- (3) Verbindliche **Beschlüsse** in Einzelfällen sowie unverbindliche **Stellungnahmen** und **Empfehlungen**.

Quelle: Klinski in: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 36/60



Haushalt der EU

Rogall 2011

- Der jährl. Haushaltsplan der EU wird von der Kommission aufgestellt, vom Rat geprüft und als Entwurf beschlossen.
Beratung/Beschlussfassung: Europäische Parlament.
- Das Haushaltsvolumen (Einnahmen = Ausgaben) ist in den vergangenen Jahrzehnten meist gestiegen.
Ca. 100 Mrd. Euro (1,2% des BNE, die Einnahmen und Ausgaben müssen laut Gründungsvertrag immer deckungsgleich sein)
- In Deutschland betragen die öffentlichen Gesamtausgaben (Bund, Länder und Gemeinden) im 2007: 1.000 Mrd. Euro.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 24.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 38/60

Haushalt: Einnahmen

Rogall 2011

- (1) **Abgaben der Mitgliedsstaaten** nach Bruttonationaleinkommen
- (2) **Anteil an der Umsatzsteuer** (0,6%)
- (3) **Zölle**: Anteil EU 75%, Anteil Nationalstaaten: 25%
- (4) **Agrarabgaben**: Diese Abgaben sind Zölle, die auf landwirtschaftliche Produkte aus Drittländern erhoben werden, sowie Abgaben auf Zucker, die von den Herstellern zu entrichten sind.

➔ Sehr geringe eigene Einnahmen und keine eigenen Steuern
➔ auf nationale Zuweisungen angewiesen.
Diese sind allerdings verbindlich geregelt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 24.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 39/60

Haushalt: Ausgaben

Rogall 2011

Alle Ausgabensektoren wurden vor einigen Jahren umbenannt, so dass viele Sektoren nicht mehr mit früheren Zahlen vergleichbar sind:

- (1) Förderung des nachhaltigen Wachstums (insbes. Forschungsprogramme, nicht zu verwechseln mit selektiven Wachstum)
- (2) Bewahrung der natürlichen Ressourcen (früher Agrarpolitik genannt)
- (3) Kosten für die Verwaltung und
- (4) Ausgaben als globaler Akteur (Entwicklungszusammenarbeit).

Bewertung: die Niederlande und Deutschland sind die größten Nettoeinzahler. Ausgleich für ihre großen Leistungsbilanzüberschüsse.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 24.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 40/60



Intensität der EU-Politik

Rogall
2011

- (1) **Ökologische Dimension:** In den Gründungsjahren spielte diese Dimension keine Rolle, dass hat sich seit Ende der 1980er Jahre deutlich gewandelt. Heute gehen wesentliche Impulse zur Ökologisierung der Industriegesellschaft von der EU aus.
- (2) **Sozial-kulturelle Dimension:** Eine einheitliche Politik steht in dieser Dimension erst am Anfang. Z.B. keine einheitliche Bestimmungen zu den Sozialsystemen, Verteilung, Chancengleichheit
- (3) **Ökonomische Dimension:** Ursprünglicher Kern der EU, heute ist die Bedeutung des EU-Rechts sehr unterschiedlich ausgeprägt
Geld- und Währungspolitik sehr wichtig (beinahe wie das deutsche ausschließliche Recht des Bundes), Arbeitsmarkt weniger.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 24.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 41/60



Binnenmarkt: (1) Waren- und Dienstleistungsverkehr

Rogall
2011

- **Ziel:** freier Handel von Gütern u. Dienstleistungen
 - ➔ Erhöhung des Wettbewerbs ➔ Erhöhung der Effizienz.
 - ➔ Verringerung der Inflationsrate ➔ Erhöhung der Realeinkommen
- Überall, wo sich das Lohnniveau überdurchschnittlich entwickelt hat, kann es zu erheblichen Belastungen für den nationalen Arbeitsmarkt und der Einkommensentwicklung kommen.
- Die langjährigen Übergangsfristen, in denen die Arbeitnehmer der Beitrittsstaaten nicht in den alten EU-Staaten (EU-15) arbeiten dürfen, laufen aus (Regelungen galten nur für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, nicht für Selbstständige).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 42/60



Binnenmarkt: Waren- und Dienstleistungsverkehr

Rogall
2011

- Seit der EU-Erweiterung bieten „Selbstständige“ aus Polen, Tschechien und den baltischen Staaten Leistungen in Deutschland zu deutlich niedrigeren Preisen an. Besonders betroffen sind das Fuhrgewerbe und Handwerker
- *EU-Dienstleistungsrichtlinie* wurde aufgrund massiver Proteste sozialverträglicher gestaltet: sensible Bereiche wie die Sozialdienste, Taxen und Nahverkehr, Postdienste, Finanzdienstleistungen von der Richtlinie ausgenommen. Anbieter müssen ihre Leistungen nach den nationalen Bestimmungen anbieten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 43/60



Binnenmarkt: (2) Personenverkehr

Rogall
2011

Innerhalb der EU sollen sich Personen ebenso frei wie in den Nationalstaaten bewegen können. Seit 2011 Ablauf der Übergangsregelung

Bewertung: Ohne Maßnahmen wie die Ausweitung des Entsendegesetzes kann es künftig zu einer weiter zunehmenden Anzahl von Scheinselbstständigen, Schwarzarbeitern kommen. Durch den Wegfall der Grenzkontrollen ist es zu verschärften Problemen in der inneren Sicherheit gekommen

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 44/60



Binnenmarkt: (3) Freier Kapitalverkehr

Rogall
2011

Geld/Kapital sollen ungehindert transferiert werden können,
→ Erhöhung von Wettbewerb u. Investitionspotenziale

Bewertung: ohne einheitliche Mindeststeuersätze wird sich der Druck auf die Nationalregierungen verstärken die Steuern zu senken

- Erhöhung der Staatsverschuldung
- Senkung der Ausstattung mit meritischen Gütern.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 45/60



Der Weg zur Währungsunion

Rogall
2011

- 1970 Beschluss zur Entwicklung einer Wirtschafts- und Währungsunion.
- 1972 Europäischer Wechselkursverbund** („Währungsschlange“).
- 1973 Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. EG-Staaten geben ihre Wechselkurse gegenüber dem US-\$ frei und vereinbaren untereinander feste Wechselkurse,
- 1977 Europäisches Währungssystem** (EWS): Währungs(rechen)einheit ECU (European Currency Unit).
- 1992 Vertrag v. Maastricht **Stufenplan Wirtschafts- u. Währungsunion**
- 2002 **Einführung des €** für die Staaten die die Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages einhielten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 46/60



Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages

Rogall
2011

- (1) die **Inflationsrate** eines Landes darf die durchschnittliche Rate um höchstens 1,5 Prozentpunkte überschreiten
- (2) die **Nettoneuverschuldung** pro Jahr darf 3% nicht überschreiten und die öffentliche Gesamtverschuldung nicht 60% des BIP
- (3) das **Zinsniveau** darf max. 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder liegen
- (4) die Währung muss sich in den zwei zurückliegenden Jahren als **preisstabil** bewiesen haben (nicht um mehr als +/- 2,5 Prozent verändert haben).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 47/60




Bewertung Währungsunion - Nachteile

Rogall
2011

- (1) Wirtschaftspolitik**
der Mitgliedsländer muss abstimmt werden
- (2) Abwertung** nicht möglich,
z.B. bei hoher Inflationsrate und Lohnstückkosten
(z.B. Spanien, Portugal, Griechenland)
- (3) Eigene Zinspolitik** nicht möglich
(z.B. bei Inflation oder Rezession)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 48/60



Bewertung Währungsunion - Vorteile

Rogall 2011

(1) Keine Währungskrisen (Aufwertungs- u. Abwertungsschocks)

- kein Einbruch der Exporte
- keine importierte Inflation


Aber Spekulationen weiter möglich.

(2) Wertgewinn (heute 2. Leitwährung)

Anteil des Euro als Emissionswährung am internationalen Anleihemarkt: 43% (1999) (Dollar: 44%) auf 59% (USA: 27%).

- Zunahme an pol. Gewicht

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 49/60



Bewertung Währungsunion - Gefahren

Rogall 2011


(1) Leistungsbilanzungleichgewicht (Verschuldung) nimmt zu
(*Überschüsse*: Deutschland, Niederlande, Belgien, Schweden)
(*Defizite*: UK 135 Mrd. €, Spanien 96, Frankreich 45, Griechenland 38, Rumänien 22, Portugal 20, Polen 19 Mrd. €;).

(2) Steigende Staatsverschuldung (Irland und Spanien ca. 80% des BIP)

Bewertung: Sorge vor Ende der Währungsunion unabhängig davon

- Ausschluss von Staaten aus der Währungsunion ist in den Verträgen nicht vorgesehen,
- Krisenländer können nicht in den Staatsbankrott gehen, weil das unweigerlich zu einer neuen Finanzkrise führen würde.

Quelle: Eurostat 2009: 389, Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - 50/60



Bewertung Lösungsansätze

Rogall 2011


(1) Auflösung des Euro-Systems oder Ausstieg von Staaten:

(a) Dramatischer Imageverlust, → sofortige Abwertung der neuen Landeswährung (30-50%), → alle Schulden in Euro erhöhen sich im gleichen Umfang → Staatsbankrott → keine neuen Kredite mehr

(b) Übrige Euro-Länder: Ausscheiden eines Euro-Landes

- Spekulationswellen in den anderen geschwächten Ländern
- Das prinzipielle Vertrauen in den Euro könnte verloren gehen
- Dominoeffekt durch Spekulanten (Zinssteigerungen).
- Euro wird „Weichwährung“, der Euroraum zu einer Kern-Union der wirtschaftlich starken Staaten mit erheblich geringeren weltpolitischen Gewicht (Kaufmann, Slegers 2010/04: 2).

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 51/60



Bewertung Lösungsansätze

Rogall 2011

(2) Dauerhafter Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsländern (vergleichbar Deutscher Länderfinanzausgleich):

- erhebliche Zahlungen an die Länder mit Leistungsbilanzdefizit
- Akzeptanzverlust, Nachlassen der Anstrengungen

(3) Herstellung von Leistungsbilanzüberschüssen durch Senkung der Preise und Löhne

- erheblicher Akzeptanzverlusten in den Defizitländern
- massive Verteilungskonflikte und politischen Instabilitäten.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 52/60



Bewertung Lösungsansätze

Rogall
2011

(4) Kreditaufnahmen über solvente Staaten unter Sparauflagen:

Z.B. würde Deutschland (zu niedrigen Zinsen) Kredite aufnehmen und an Griechenland weiterleiten.

Je nach Höhe der zusätzlichen Gebühren die Deutschland erheben würde hätten beide Länder einen erheblichen Zinsvorteil.

Allerdings helfen den verschuldeten Staaten einmalige Zinsvorteile nicht aus ihren Ungleichgewichten.

Kein Land kann dauerhaft Leistungsbilanzdefizite, kein Staat defizitäre Staatshaushalte finanzieren.

→ Kein Land kommt um den schmerzhaften Prozess der Ausgaben senkung und Einnahmeerhöhung herum.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 53/60



Zwischenfazit

Rogall
2011

- Wer die Lösungsstrategien (1) und (2) ablehnt kommt an massiven Reformen im Euroraum nicht vorbei.
- Da die Lösungsstrategien (3) und (4) allein nicht ausreichen, könnte nur eine Kombination aus beiden Strategien gekoppelt mit einer engeren Abstimmung der Wirtschaftspolitik und einer gemeinsamen Kreditaufnahme (Euro-Anleihe) eine Chance bieten den Euro dauerhaft zu stabilisieren. Ob die Politik hierzu bereit ist, ist z.Z. unsicher.
- Auf lange Sicht muss sich die EU – wie alle Staaten – durch Einnahmenüberschüsse in „normalen“ Haushaltsjahren von den internationalen Finanzmärkten unabhängig machen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 54/60



Zwischenfazit - Ausblick

Rogall
2011

- (1) **Befürworter** einer europäischen Vereinigung, Kritik: :
 - (a) Langsamkeit u. Inkonsistenz der Vereinigung (fehlende Kompetenzen von Kommission u. Parlament, Einstimmigkeitsprinzip)
 - (b) kein einheitlichen Steuersystem mit Mindeststeuersätzen auf Kapitalerträge, Einkommen usw.
- (3) keine sozialen Mindeststandards (z.B. Mindestlöhne)
- (2) „**Euro-Skeptiker**“, Kritik:
 - (a) Einigungsprozess verläuft zu schnell.
 - (b) Macht der „Eurokraten“, zu großer Einfluss auf die nationalen Politiken.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 55/60




Reformbedarf

Rogall
2011

- (1) **Harmonisierung der rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Normen** und Standards.
 - Laufender Prozess, der durch EU-Richtlinien, CEN- und ISO-Normen usw. vorangetrieben wird, z.Z. noch Lücken
- (2) **Einheitlichen Steuersystem mit Mindeststeuern** auf Einkommen, Kapitaleinkommen u. Vermögen (Steuersenkungsdruck)
 - Bislang Erfolge gering.
- (3) **Sozial-ökologischen Mindeststandards** (z.B. Mindestlöhne, Arbeits- und Urlaubszeiten, Sozialabgaben u.-systeme).
 - Bislang Erfolge gering.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 56/60


 **Ausblick**

Rogall 2011

- Einerseits herrscht Einigkeit darüber, dass die EU viel mehr ist als eine traditionelle internationale Organisation (z.B. die UNO oder die OECD).
- Andererseits kann die EU (noch) nicht als ein staatliches Gebilde angesehen werden.
- Wie weit der Prozess der Einigung gehen soll, ist umstritten:
 - (1) EU wird niemals die Nationalstaaten ersetzen (Staatenverbund)
 - (2) „*Vereinigten Staaten von Europa*“.

Bewertung:


Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 57/60

 **Ausblick - Reformbedarf**

Rogall 2011

- (1) Aufgabe Einstimmigkeitsprinzip zu Gunsten des Mehrheitsprinzip
- (2) Verabschiedung einer Europäischen Verfassung
- (3) Umwandlung des Europäischen Parlaments in ein echtes Parlament mit allen modernen Rechten (eigenes Budget- und Steuerrecht, Wahl der Regierung, Gesetzgebungsrecht)
- (4) Umwandlung des Europäischen Rats in einen Länderrat (vergleichbar dem Bundesrat in Deutschland)
- (5) Eigenständige Steuereinnahmen.


Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 58/60

 **Zusammenfassung - Fazit**

Rogall 2011

- Die politische Beherrschung der Weltprobleme und der Globalisierung ist zu *dem* zentralen Problem der Menschheit geworden. Nationalstaaten können diese Probleme nicht lösen. Daher wurden seit dem 2. Weltkrieg zahlreiche internationale Organisationen gegründet und Verträge geschlossen (Multilateralismus genannt)
- Den internationalen Akteursgruppen ist es bislang nicht gelungen die globalen Probleme zu lösen. Es muss festgehalten werden, dass sich die globalen Bemühungen, eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten, in einer Krise befinden. Dies kann sich aber mit der Verschärfung der globalen Umweltkrise ändern, dann könnte es zur Einführung eines globalen Ordnungsrahmens kommen.


Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 59/60

 **Quellen**

Rogall 2011

- Koch, W., Czogalla, Ch. (2008): Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Stuttgart.
- Heine, M.; Herr, H. (2006): die europäische Währungsunion im Treibsand, in: Prokla Heft 14
- Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Marburg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Ich freue mich auf Ihre Fragen!



Quelle: Rogall 2011, Kap. 23.4 VWL III - 23: Weltwirtschaftsordnung - Kooperationen 60/60